

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 22/3 (1995)

DOI: 10.11588/fr.1995.3.59527

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

REINER MARCOWITZ

## WENDEJAHRE 1963/64

### Die deutsch-französischen Beziehungen in der Endphase der »Ära Adenauer« und zu Beginn der Kanzlerschaft Erhards

Regierungswechsel legen immer die Frage nach Kontinuität respektive Diskontinuität nahe. Das gilt auch für den Übergang von Konrad Adenauer auf Ludwig Erhard im Herbst 1963. Ein jüngst erschienener Sammelband betont, daß Erhards Regierungsantritt auf den zentralen Feldern der bundesdeutschen Außenpolitik keinen Wandel bedeutet habe<sup>1</sup>. Das hatte Gerhard Schröder, der Außenminister beider Kanzler, bereits vor etlichen Jahren nachdrücklich betont<sup>2</sup>. Im folgenden sollen die deutsch-französischen Beziehungen der Jahre 1963/64 unter dem Aspekt von Fortdauer und Veränderung untersucht werden, wobei jedoch zunächst ein kurzer Rekurs auf die Jahre 1958 bis 1963 notwendig erscheint, dem dann eine Analyse der ersten Monate von Erhards Kanzlerschaft folgen soll, woran sich schließlich eine Erörterung des de Gaulle-Besuchs in Bonn vom Sommer 1964 anschließt, wobei zugleich die – bis heute umstrittene – Frage diskutiert werden soll, ob damals die Chance zu einer noch engeren deutsch-französischen Kooperation vertan worden ist<sup>3</sup>.

Sowohl in den Wochen vor als auch in der ersten Zeit nach der offiziellen Amtsübergabe des Gründungskanzlers an seinen populären Wirtschaftsminister betonte Erhard die große Bedeutung guter deutsch-französischer Beziehungen<sup>4</sup>. Nachdrücklich bekannte er sich zu der »Aufgabe, die Freundschaft zwischen den beiden Völkern, die durch de Gaulle und Adenauer so sichtbar vor der ganzen Welt begründet und dokumentiert wurde, möglichst nahtlos und ohne innere Störung

- 1 Rainer A. BLASIUS (Hg.), Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 68).
- 2 Gerhard SCHRÖDER, Außenpolitik im Übergang Adenauer-Erhard. In: Dieter BLUMENWITZ u. a. (Hg.), Konrad Adenauer und seine Zeit: Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, 2 Bde., Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Stuttgart 1976, S. 719–745.
- 3 Die folgenden Ausführungen beruhen auf einer umfassenden Untersuchung des Verfassers zum Thema der deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1958 und 1969, die unter dem Titel »Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969« in der Reihe »Studien zur Zeitgeschichte« im Oldenbourg-Verlag in München erscheint.
- 4 Vgl. Freundschaftshand für de Gaulle. »Kontinuität« unserer Politik – Ein Interview des Vizekanzlers mit dem »Paris-Soir«. In: Stuttgarter Zeitung vom 20. 7. 1963 sowie Erhards Regierungserklärung vom 18. 10. 1963. In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 4. Wahlperiode Stenographische Berichte 53, Bonn 1964, S. 4197 und seine Ausführungen auf der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 3. 12. 1963. Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) VIII-001-030/2.

weiterzuführen«<sup>5</sup>. Die demonstrative Bezugnahme auf Adenauers Frankreichpolitik sowie die Anerkennung, die dem neuen Kanzler hierfür zumindest die eigene Partei zollte<sup>6</sup>, unterstrichen, daß dies nicht als selbstverständlich angesehen werden konnte. Tatsächlich hatte Erhard in der Vergangenheit Adenauers Umgang mit Frankreich häufig kritisiert und auch der Person des französischen Staatspräsidenten ablehnend gegenübergestanden. Bereits im Mai 1958 hatte er dessen drohende Regierungsübernahme ebenso harsch wie undiplomatisch kommentiert, indem er während eines Besuchs in Oslo drohte, bei einer Investitur des Generals werde die Bundesrepublik ihre Wirtschaftshilfe für Frankreich einstellen<sup>7</sup>. Hier zeichnete sich bereits jene kritische Distanz ab, aus der Erhard die französische Politik unter de Gaulle fortan betrachten sollte. Durch Biographie und Neigung angelsächsisch geprägt, blieb Frankreich ihm »zeitlebens fremd«<sup>8</sup>. Deshalb gesellte sich dem persönlichen *souçon* gegenüber dem neuen Mann auch schon bald deutliche Kritik an der Europapolitik des Generals bei – und an der Art, wie Adenauer und Außenminister Heinrich von Brentano hierauf reagierten:

Anfangs handelte es sich dabei um das Projekt einer »Europäischen Freihandelszone«, die Erhard als ein unabdingbares Korrektiv der seiner Ansicht nach wirtschaftspolitisch unsinnigen Sechser-Gemeinschaft ansah<sup>9</sup>. Dagegen meinten Bundeskanzler und Außenminister von Anfang an und erst Recht angesichts der Unwägbarkeiten der französischen Außenpolitik nach de Gaulles Regierungsantritt, daß es vor allem darauf ankomme, die Realisierung der EWG sicherzustellen, und dafür waren sie auch bereit, gegenüber dem noch schwankenden französischen Partner mit einer stärkeren Berücksichtigung von dessen Vorbehalten gegenüber der geplanten Freihandelszone zu zahlen. Der Wirtschaftsminister konnte sich in dieser Frage 1958 ebensowenig durchsetzen wie in den folgenden Jahren, als er wiederholt vor einem weiteren Ausbau der Sechser-Gemeinschaft warnte und vorrangig deren Erweiterung, insbesondere um Großbritannien, verlangte. Erst als dieses mit dem offiziellen britischen Beitrittsgesuch vom Sommer 1961 in greifbare Nähe rückte und damit auch in der europapolitischen Debatte in der Bundesrepublik eine größere Bedeutung bekam, sah sich Erhard nachhaltig von einer breiten Mehrheit in der CDU und der öffentlichen Meinung insgesamt getragen. 1961/62 liefen Versuche einer Erweite-

5 Erhard in einer Rede vor dem Verein Unions-Presse am 3.12.1963. Bundespresseamt (BPA) F 30. Pressekonferenzen Oktober-Dezember 1963.

6 Vgl. die entsprechende Feststellung des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rasner, am 20.10.1963 in der Hörfunksendung »Die Woche in Bonn«. BPA. Kommentarübersicht und die Sitzung des Arbeitskreises V der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 21.10.1963. ACDP VIII-001-1504/1.

7 Vgl. zu diesem Vorgang Daniel KOERFER, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987, S.204. Willy Brandt, Erinnerungen. Frankfurt/M. 1989, S.254 zufolge glaubte der Bundeswirtschaftsminister mit dem Regierungsantritt des Generals die »Stunde des Faschismus [...] angebrochen«.

8 Gustav Adolf SONNENHOL, Untergang oder Übergang. Wider die deutsche Angst, Stuttgart, Herford 1984, S.137. Zur Person und Politik Erhards vgl. Volkhard LAITENBERGER, Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen, Zürich 1986 (Persönlichkeit und Geschichte, 126-128); speziell zu seiner Europapolitik Ulrich LAPPENKÜPER, »Ich bin wirklich ein guter Europäer«. Ludwig Erhards Europapolitik 1949-1966. In: FRANCIA 18/3 (1991) S.85-121.

9 Vgl. Herbert MÜLLER-ROSCHACH, Die deutsche Europapolitik. Wege und Umwege zur politischen Union Europas, Baden-Baden 1974 (Schriftenreihe Europäische Wirtschaft, 78) S.49ff. und KOERFER (wie Anm.7) S.201.

rung der Gemeinschaft – Stichwort: Beitrittsverhandlungen<sup>10</sup> – und solche einer Vertiefung der EWG – Stichwort: Fouchet-Verhandlungen<sup>11</sup> – parallel nebeneinander her. Hinzu trat im Spätsommer/Herbst 1962 im Anschluß an Adenauers erfolgreichen Staatsbesuch und de Gaulles Triumphzug durch die Bundesrepublik als dritte Komponente der Gedanke, das solcherart demonstrierte und zelebrierte Einvernehmen in die Form einer konkreten Kooperationsvereinbarung zu gießen<sup>12</sup>.

Das Ergebnis ist bekannt: Die Fouchet-Verhandlungen endeten bereits 1962 in einer Sackgasse, und mit seiner Pressekonferenz vom 14.1.1963 suspendierte de Gaulle die laufenden Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien und brüskierte überdies noch die Amerikaner, indem er Kennedys Angebot einer nuklearen Zusammenarbeit zurückwies. Das wiederum gefährdete nachhaltig das kurz vor seiner Unterzeichnung stehende Abkommen mit Frankreich: Alte Meinungsunterschiede, die im Hinblick auf die Politik des Generals in der Bundesrepublik schon immer bestanden hatten und die die erfolgreichen Besuche der führenden Männer beider Länder nur oberflächlich verdeckt hatten, brachen nun wieder auf. Adenauer, der weiterhin beinahe um jedem Preis mit dem französischen Staatspräsidenten zu einer Übereinkunft zu kommen gedachte, geriet national wie international unter schweren Druck. Waren im Sommer 1962 in der Union noch Hymnen auf ihn als den »Kanzler deutsch-französischer Freundschaft«<sup>13</sup> angestimmt worden, mußte sich der Regierungschef nun gegen den Vorwurf von Komplizentum und Mitwisserschaft verteidigen, um die Vereinbarung mit Frankreich – mittlerweile sein außenpolitisches Lieblingsprojekt – noch zu retten. Adenauer maß dem Akkord mit Frankreich nach wie vor eine wichtige Funktion im aktuellen außenpolitischen Koordinatensystem der Bundesrepublik bei: Er wollte mit dem französischen Partner fortan präferentielle zweiseitige Beziehungen hergestellt wissen; sie sollten Deutschland nicht nur außenpolitisch zusätzlich absichern, sondern auch den deutschen *Status quo minus* verbessern, der gerade in den letzten Jahren im Zuge der Berlin-Krise wieder deutlich geworden war, und der Bundesrepublik damit erlauben, auch gegenüber den USA – deren Zuverlässigkeit der Kanzler mittlerweile bezweifelte – selbstbewußter auftreten zu können. Einem Gros sowohl in den Regierungsparteien als auch in der Opposition – allen voran Außenminister Schröder und Wirtschaftsminister Erhard – war das geplante Abkommen mit Frankreich dagegen bisher vor allem als eine demonstrative Besiegelung der deutsch-französischen Aussöhnung sowie als ein geeignetes Mittel erschienen, den General im Zuge der vorgesehenen regelmäßigen Treffen zwecks Abstimmung der Außenpolitik beider Länder von seinen Maximalpositionen abzubringen und wieder stärker in die westliche Allianz einzubinden. Nun aber mutete ihnen die anstehende Unterzeichnung als nachträgliche Sanktionie-

10 MÜLLER-ROSCHACH (wie Anm. 9) S. 62 ff.

11 Vgl. dazu ebd. S. 59 ff. und Miriam CAMPS, Die Diskussionen über die politische Union. Die Sechs in der Sackgasse. In: Die Internationale Politik 1962, München, Wien 1968, S. 111–127.

12 Hans-Peter SCHWARZ, Präsident de Gaulle, Bundeskanzler Adenauer und die Entstehung des Elysée-Vertrages. In: Wilfried LOTH, Robert PICHT (Hg.), De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991, S. 169–179.

13 So der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Dufhues, auf der Sitzung des CDU-Bundesausschusses vom 13. 7. 1962. ACDP VII–001–022/3.

rung der Ausführungen de Gaulles vom 14. Januar an. Stellten diese aber die Bundesrepublik nicht vor die Wahl »Washington oder Paris«?

Nachdem die Brüsseler Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien am 29. 1. 1963 endgültig abgebrochen worden waren, wuchs das Unbehagen über den »Elysée-Vertrag« noch, der einige Tage zuvor – am 22. Januar – unterzeichnet worden war<sup>14</sup>. Besonders hart reagierte man jetzt im Wirtschaftsministerium mit Erhard an der Spitze. Das Gefühl kurz vor Erreichen des lange ersehnten Ziels an einem künstlich errichteten Hindernis gescheitert zu sein, fand seinen Ausdruck in Emotion und Verbitterung, dem der Minister vor allem in einem aufsehenerregenden Interview in der »Süddeutschen Zeitung« vom 5. 2. 1963 Ausdruck gab: Darin bezweifelte er die Notwendigkeit eines Vertrags, der die Aussöhnung mit Frankreich fördern sollte, ja relativierte sogar die diesbezügliche Leistung des Kanzlers: »Das Blut von Millionen Menschen, das zum Himmel schreit«, habe mehr bewirkt als das Tun versöhnungsbereiter Politiker in Vergangenheit und Gegenwart<sup>15</sup>. Vor diesem Hintergrund schade ein Abkommen nur, das bestimme, »daß man periodisch immer wieder Fragen anschneidet, von denen wir wissen, daß wir den französischen Staatschef nicht überzeugen können und in denen es auch sachlich keine Übereinstimmung geben kann«<sup>16</sup>. Nachdrücklich betonte Erhard, daß es jetzt der Hilfe der USA, einer von ihnen, analog vergangener Doktrinen, vorgegebenen »großen geistigen Idee« bedürfe, um aus der europapolitischen Sackgasse herauszufinden<sup>17</sup>.

Da der Wirtschaftsminister in demselben Interview auch erstmals öffentlich erklärte, daß er zur Übernahme des Kanzleramtes bereitstehe, so ihn Partei und Regierung denn wählten, bekamen seine Äußerungen, die erneut sein großes Vertrauen in die Amerikaner sowie seine strikte Ablehnung der französischen Politik erkennen ließen, eine besondere Bedeutung. Sie belegten, daß er einen gänzlich anderen außenpolitischen Kurs als Adenauer verfolgte. Hinter seiner Konzeption steckte eine geschichtsphilosophisch und weltanschaulich begründete Abkehr von der traditionellen Außenpolitik: Erhard faßte die westliche Welt im Hinblick auf Kultur und politische Werte als eine Einheit auf, innerhalb derer man geographische und interessenpolitische Grenzen mittels einer Politik umfassenden wirtschaftlichen Freihandels und außenpolitischer Zusammenarbeit überwinden mußte. Bilateralismus, Gleichgewichtsdenken, *sacro egoismo*, alle diese Kategorien klassischer Außenpolitik, in denen letztlich Adenauer – und auch de Gaulle – dachten, waren ihm daher fremd, ja sie muteten ihm anachronistisch und gefährlich an<sup>18</sup>. Zwar sollte er sich mit seiner allzu forsch und pointiert geäußerten Kritik an der Politik Adenauer

14 Zur entscheidenden Ministerratssitzung vom 28./29. 1. 1963 vgl. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, hg. i. A. des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte. Haupthrsg. Hans-Peter SCHWARZ. Mithrsg. Helga HAFTENDORN, Klaus HILDEBRAND, Werner LINK, Rudolf MORSEY, 3 Bde., München 1993, S. 203 ff. Zur Auswirkung auf die deutsch-französischen Beziehungen vgl. Wolfgang HÖLSCHER, Krisenmanagement in Sachen EWG. Das Scheitern des Beitritts Großbritanniens und die deutsch-französischen Beziehungen, In: BLASIUS (wie Anm. 1) S. 9–44.

15 Zitiert nach Süddeutsche Zeitung vom 5. 2. 1963.

16 Ebd.

17 Ebd.

18 Vgl. zu seiner politischen Konzeption Erhards Grundsatzrede vor der Handelsschule in St. Gallen vom 15. 2. 1962. In: Bulletin vom 15. 2. 1962, S. 263 ff. und vom 16. 2. 1962, S. 271 ff.

zunächst innerhalb der Union isolieren<sup>19</sup>, doch letztlich entsprachen seine Vorbehalte der vorherrschenden Stimmung in der Bundesrepublik, bekam man doch auch aus dem Ausland harsche Kritik zu hören, die im Falle der USA bis hin zu der Drohung eines Truppenabzugs ging<sup>20</sup>.

Der »Deutsch-Französische Vertrag«, der der krönende Abschluß von Adenauers politischem Lebenswerk hatte sein sollen, barg bereits zum Zeitpunkt seiner Unterzeichnung den Keim des Scheiterns in sich. Der Kanzler wurde zwar von einer »französischen Partei« um die CSU-Politiker Franz Josef Strauß und Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg sowie den CDU-Bundestagsabgeordneten Hans-Joachim von Merkatz unterstützt, doch diese war zu schwach, um ihm eine harte Haltung gegenüber der innerparteilichen und auch öffentlichen Kritik zu ermöglichen<sup>21</sup>. Viele in der CDU empfanden den Kanzler in diesen Tagen als eine Belastung, und es war kein Zufall, daß ausgerechnet jetzt die Nachfolgefrage endgültig zugunsten Erhards – und damit entgegen Adenauers eigenen Präferenzen – entschieden wurde<sup>22</sup>. Im Streit um den »Elysée-Vertrag« mußte er eine Präambel akzeptieren, die dem Abkommen in den Augen ihrer Befürworter seine »authentische Interpretation«<sup>23</sup> beigab und im Zusammenspiel von Regierungsparteien und Opposition entstanden war<sup>24</sup>. Sie schwächte den bilateralen Gehalt des Vertrags stark ab und reduzierte das Abkommen faktisch auf den »administrativen Ausdruck der französisch-deutschen Aussöhnung«<sup>25</sup>. Die Präambel war letztlich unnötig, aber sie wurde durch den Fehler de Gaulles und die Schwäche der Regierung Adenauer verursacht. Oberflächlich beruhigte sie die Gemüter. Der kommenden Regierung Erhard gab sie jedoch in französischen Augen ein negatives Vorzeichen, hatte doch gerade der designierte Kanzler mehr als einmal verdeutlicht, daß ihm für die künftige Regierungspolitik keine enge Zusammenarbeit mit Frankreich vorschwebte.

Diesen Eindruck etwas zu relativieren, dienten Erhards bereits eingangs erwähnten Bemühungen aus dem Spätsommer und Herbst 1963. Der CDU-Politiker schien damit jene Lernfähigkeit zu beweisen, die man ihm halb mahnend, halb anerkennend bei seiner Kür zum Nachfolger Adenauers im Frühjahr empfohlen hatte<sup>26</sup>. In der Union registrierte man auch mit Befriedigung, daß den neuen Kanzler sein erster

19 Vgl. die kritischen Reaktionen auf der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 5. 2. 1963. ACDP VIII-001-1009/2 und KOERFER (wie Anm. 7) S. 719f.

20 Rusk am 29. 1. 1963 an Erhard und Schröder. ACDP. NL Müller-Armack I-236-037/5. Vgl. a. NL Blankenhorn, 2. 2. 1963. BA Koblenz (351) 153 und Hans-Peter SCHWARZ, Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991, S. 822ff.

21 Zu Guttenberg an Adenauer am 18. 1. 1963. BA Koblenz. NL zu Guttenberg (397) 180.

22 Vgl. zur endgültigen Regelung KOERFER (wie Anm. 7) S. 707ff. und SCHWARZ (wie Anm. 20) S. 826ff.

23 Vgl. v. Brentano an de Chapeaurouge am 28. 3. 1963. BA Koblenz. NL v. Brentano (239) 9.

24 Zur Entstehung der Präambel s. Günther PATZ, Parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik. Fallstudien zur politischen Bedeutung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Meisenheim/Glan 1976 (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, 7) S. 69ff. Abgedruckt ist sie in: Auswärtiges Amt (Hg.), Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972, S. 499.

25 Jean MONNET, Erinnerungen eines Europäers, München, Wien 1978, S. 593.

26 So Strauß in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 23. 4. 1963. ACDP VIII-001-1009/2.

Auslandsbesuch – als eine weitere Bekundung seines *goodwill*<sup>27</sup> – Ende November nach Paris führte und er im Anschluß hieran ein durchaus vielversprechendes Fazit seiner Gespräche mit de Gaulle zu ziehen vermochte<sup>28</sup>: Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion berichtete er am 3.12.1963, daß der französische Staatspräsident ihn ausdrücklich ermutigt habe, sich um eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine politische Einigung der Sechser-Gemeinschaft zu bemühen, wie sie nunmehr auch Erhard favorisierte<sup>29</sup>. In bezug auf die »Atlantische Allianz« sei die Verständigung, so der Bundeskanzler, zwar »schwieriger« gewesen, doch Erhard gab sich mit Blick auf die Zukunft alles in allem optimistisch: »Es ist selbstverständlich, die Freundschaft mit Frankreich zu pflegen; sonst gibt es kein Europa. Andererseits bedürfen wir des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten. Ich habe deutlich gemacht, daß wir bedingungsloses Vertrauen zu den Vereinigten Staaten haben und keinen Grund haben, an ihrer Bündnistreue irgendwie zu zweifeln. Wir respektieren auch die französische Haltung, wenn sie auch etwas anders ist und deshalb eine eigene nukleare Macht entwickeln wird. [...] [E]r [sc. de Gaulle] sagte: ›Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich die gleiche Politik betreiben. Wenn Sie mich so gut verstehen, dann ist die Position klar, und wir können uns verständigen‹<sup>30</sup>.

Erhards positive Bilanz seines Treffens mit de Gaulle und die auch von anderen in der Union vertretene Meinung, daß der neue Kanzler »in Paris gute Aufnahme gefunden [hatte]«<sup>31</sup>, konnten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihm die Außenpolitik des Generals zutiefst suspekt und wesensfremd, ja ein Rätsel war, wie er noch einmal im Vorfeld seines Paris-Besuchs vor dem Bundesvorstand seiner Partei offen bekannt hatte: »Ich verstehe de Gaulle nicht ganz; denn, was er für Europa will, ist ganz klar, und was er für Frankreich will, kann ich mir in etwa vorstellen, aber dazu braucht er nicht nur Deutschland, sondern dazu braucht er auch andere europäische Länder«<sup>32</sup>. Die *force de frappe* schien ihm letztlich nichts anderes als ein »Instrument zur Errichtung einer Hegemonie in Europa«<sup>33</sup>, und er sprach sich entschieden dagegen aus, daß die Bundesrepublik hierbei den »Junior-Partner«<sup>34</sup> abgab. Sein alter Verdacht, daß de Gaulle überholten Nationalismus predigte und ihm für Westeuropa lediglich das »System der Vorkriegszeit, der Allianzen, der zweiseitigen Bindungen und des Machtanspruches des einen gegen den anderen« vorschwebte, war ihm geblieben<sup>35</sup>. Dem stellte der neue Bundeskanzler seine ganz anders geartete Konzeption von einem »Europa der Freien und der

27 Vgl. Erhards Ausführungen in einem Informationsgespräch mit Henri de Kergolay am 15. 11. 1963. BPA F 30. Pressekonferenzen Oktober-Dezember 1963.

28 Zu den Gesprächen am 21. 11. 1963 vgl. Akten 1963 (wie Anm. 14) S. 1455 ff. und 1470 ff. sowie Horst OSTERHELD, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 23) S. 28 ff.

29 Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 3. 12. 1963. ACDP VIII–001–030/2.

30 Ebd.

31 Krone an v. Brentano am 4. 2. 1964. BA Koblenz. NL v. Brentano (239) 168. Vgl. Klaiber an das Auswärtige Amt in: Akten 1963 (wie Anm. 14) S. 1491 ff.

32 Sitzung des CDU-Bundesvorstandes vom 12. 11. 1963. ACDP VII–001–012/4.

33 Erhard in einem Informationsgespräch mit Chefredakteuren der CDU-Presse am 5. 3. 1964. BPA 545. Erhard: Reden und Interviews 1963–1966.

34 Erhard auf einem Jugendforum am 14. 3. 1964. BPA 545. Erhard: Reden und Interviews 1963–1966.

35 Ebd.

Gleichen, in dem nicht Größe und Macht letzte Werte bedeuten«, entgegen<sup>36</sup>. Nach wie vor fühlte er sich vor allem zu den USA hingezogen: Dies belegten die sehr persönlichen und herzlichen Worte, mit denen Erhard in seiner ersten Regierungserklärung vom Oktober 1963 den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen beschrieb, sowie die Formulierungen, die er einige Wochen später im Bundestag für die Darstellung seines Aufenthalts auf der Ranch von Präsident Johnson in Texas wählte, der sich an seinen Paris-Besuch angeschlossen hatte<sup>37</sup>. In den beiden folgenden Jahren sollte der CDU-Politiker in der subjektiven Gewißheit leben, wenn schon nicht zu verstehen, was der gallische Nachbar wollte, so doch zumindest engste Verbindung zu den USA sowie deren Präsidenten zu haben und zu wissen, »was man da denkt«<sup>38</sup>. Letztlich blieb es dabei, daß der Kanzler – ebenso wie Außenminister Schröder – sich vorrangig um die Harmonisierung der deutsch-amerikanischen Beziehungen kümmern wollte und insofern durchaus eine Abkehr von der Frankreichpolitik Adenauers beabsichtigte, da diese ihm mehr sentimental denn substantiell anmutete.

Was Erhard und Schröder außenpolitisch opportun erscheinen mochte, stellte sich innenpolitisch jedoch schon bald als problematisch heraus. Genau genommen müßte man sagen »innerparteilich«, denn es war weniger die SPD-Opposition, deren Kritik sich die Amerika-Präferenz der Bundesregierung ausgesetzt sah. Sie billigte diese Prioritätensetzung zunächst uneingeschränkt<sup>39</sup>. Widerstand gegen die regierungsoffizielle Außenpolitik rührte sich vor allem in den eigenen Reihen von CDU und CSU. Längst waren die Zeiten vorbei, in denen es »nur eine CDU-Europapolitik«<sup>40</sup> gegeben hatte, geschweige denn einen umfassenden westpolitischen Konsens in der Union. Spätestens seit dem Streit um die Ratifizierung des »Deutsch-Französischen Vertrags« waren CDU und CSU in zwei Lager zerfallen: Da war der Außenminister, der für eine engstmögliche Interessenabstimmung mit den USA eintrat und dem eine Mehrheit in der CDU folgte. Er sah auch die umstrittenen amerikanischen Bemühungen, zu einem *modus vivendi* mit der Sowjetunion zu kommen, als unvermeidlich, ja durchaus sinnvoll an und attestierte den Amerikanern im Vergleich zu den Franzosen nicht nur eine ungleich größere Fähigkeit aufgrund ihres machtpolitischen Gewichts, sondern auch einen sehr viel stärkeren Willen, sich für deutsche Belange, vor allem die Sicherheit der Bundesrepublik, längerfristig aber auch die deutsche Wiedervereinigung, einzusetzen. Ganz anderer Meinung war die überwie-

36 Erhard in seiner Parteitage Rede vom 16. 3. 1964. In: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), 12. Bundesparteitag der CDU. 14.–17. März 1964, Hannover, Hamburg o. J., S. 103. Vgl. LAITENBERGER (wie Anm. 8) S. 127 ff. und LAPPENKÜPER (wie Anm. 8) S. 86 ff.

37 Erhard am 18. 10. 1963 bzw. 9. 1. 1964 im Bundestag. In: Verhandlungen des deutschen Bundestages. 4. WP. Sten. Ber. 53, Bonn 1964, S. 4197 bzw. 4846. Zu seinem Besuch vgl. Akten 1963 (wie Anm. 14) S. 1672 ff. (Gespräch mit Johnson vom 28. 12. 1963) und Osterheld (wie Anm. 28) S. 44 ff. Bereits im Vorfeld der beiden Auslandsreisen hatte Erhard gegenüber hochrangigen amerikanischen Gesprächspartnern unterstrichen, daß der Besuch bei Johnson für ihn eindeutig Priorität habe: Akten 1963 (wie Anm. 14) S. 1336 ff. (Gespräch mit Acheson vom 19. 10. 1963) sowie Osterheld (wie Anm. 28) S. 19 (Eintragung vom 20. 10. 1963) und 20 f. (Eintragung vom 26. 10. 1963).

38 Erhard auf der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 3. 11. 1964. ACDP VIII-001–030/2.

39 Vgl. Kurt KLOTZBACH, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin, Bonn 1982, S. 560 ff.

40 Zu Guttenberg am 8. 5. 1963 in der Hörfunksendung »Politik aus erster Hand«. BPA. Kommentarübersicht.



gende Mehrheit der CSU unter Führung Strauß' und zu Guttenbergs sowie einige CDU-Politiker, darunter auch Altbundeskanzler Adenauer, von Brentano, und der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Josef Hermann Dufhues. Sie unterstellten den USA zunehmend, allein ihren eigenen Interessen zu folgen und sich auf dem Rücken ihrer westeuropäischen Verbündeten, allen voran der Bundesrepublik, mit der Sowjetunion mit dem Ziel einer Sicherung des *Status quo* einigen zu wollen. Dabei verband sich in den Jahren der Regierung Erhard stärker noch als zur Zeit der »Ära Adenauer« die je verschiedene Antwort von Akteuren der beiden Lager auf die Frage nach dem Grad des Vertrauens, das man der westlichen Vormacht USA noch entgegenbrachte – darauf ließen sich letztlich alle sicherheits- und ostpolitischen Kontroversen der Zeit reduzieren –, mit einer bestimmten Einstellung zu Person und Politik de Gaulles: Wer die amerikanische Politik guthieß, der glaubte zwangsläufig, den französischen Staatspräsidenten kritisieren zu müssen, da dieser die USA verschiedentlich herausforderte und ihren Einfluß in Westeuropa zu schmälern beabsichtigte. Wer den amerikanischen Entspannungsbemühungen und den sich ihnen anscheinend unterordnenden strategischen Kalkülen der US-Militärs dagegen distanziert oder gar ablehnend gegenüberstand, dem bot sich der General als neue Leitfigur im westlichen Lager an, da er ähnliche Bedenken äußerte. Vor diesem Hintergrund verquickten sich europa-, verteidigungs- und ostpolitische Konzeptionen bundesdeutscher Außenpolitiker in den Jahren 1964 bis 1966 untrennbar miteinander und kulminierten letztlich in der Frage: Welches Europa soll es sein? Wie sollte sich der westliche Teil des Kontinents politisch organisieren, wie wirkte sich das sicherheitspolitisch aus, und welche ostpolitischen Perspektiven eröffnete dies?

Für die beiden Gruppen, die sich gegen Ende der »Ära Adenauer« im Zuge des Grundsatzstreits über die bundesdeutsche Außenpolitik herausgebildet hatten und deren Disput die Regierungszeit Erhards prägte, haben sich die Bezeichnungen »Atlantiker« respektive »Gaullisten« eingebürgert. Es handelt sich dabei um zeitgenössische Begriffe, die die spätere Forschung übernommen hat. »Atlantiker« waren demnach jene, die den Beziehungen zu den USA primäre Bedeutung beimaßen; »Gaullisten« die, die aufgrund ihrer Kritik an der Politik der USA eine engstmögliche Abstimmung mit Frankreich befürworteten. Diese Etikettierung erweist sich bei genauerer – und unvoreingenommener – Analyse als wenig hilfreich und der historischen Erkenntnis nicht zweckdienlich: »Atlantiker« mag noch die treffende Bezeichnung für eine Konzeption sein, die den transatlantischen Bezug der bundesdeutschen Außenpolitik besonders betonte. Allerdings suggeriert auch dieser Begriff bereits eine Ausschließlichkeit, die nicht Sache der mit ihm belegten damaligen Akteure war<sup>41</sup>. Noch krasser fällt die implizite Einseitigkeit bei dem Wort »Gaullist« ins Auge, das bereits in der Publizistik der Zeit der polemischen Dekuvrierung der solcherart bezeichneten Unionspolitiker diente. Tatsächlich nahm keiner von ihnen an, man könne und solle die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA zugunsten eines deutsch-französischen *rapprochement* suspendieren. Vielmehr wollten sie »die Westorientierung der Bundesrepublik doppelt absichern: franzö-

41 Vgl. Lahrs und v. Hassels Rechtfertigung in: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), Adenauer und Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1958–1969, Bonn 1985 (Rhöndorfer Gespräche, 7) S. 41f., 44f.

sisch und amerikanisch«<sup>42</sup>. Insofern wäre allenfalls die Bezeichnung »europazentrisch«<sup>43</sup> noch zutreffend, da sie besagt, daß die so umschriebene Konzeption als außenpolitische Interessensphäre der Bundesrepublik primär den Kontinent sah, ohne aber zu unterstellen, daß es ihr Ziel gewesen sei, die Amerikaner hiervon auszuschließen. Doch selbst wer nicht den Vorwurf erhebt, daß die sogenannten »Gaullisten« eine ausschließliche Bindung an Frankreich auf Kosten der Beziehungen zu den USA anstrebten, wendet in der Regel ein, daß sie de Gaulles politische Konzeption mißverstanden hätten oder argumentiert, daß amerikanische und französische Positionen unvereinbar gewesen seien, so daß ein *accord* mit Frankreich zwangsläufig auf einen Bruch mit Amerika hinausgelaufen wäre<sup>44</sup>.

Tatsächlich jedoch sah beispielsweise zu Guttenberg, der in Amerika zu seinem Verdruß als »Germany's leading Gaullist«<sup>45</sup> gehandelt wurde, sehr genau, wo de Gaulles Vorstellungen von den seinigen abwichen. Das galt für die westeuropäische Einigung, wo der CSU-Politiker an der Wunschvorstellung einer supranationalen Föderation festhielt, die eng mit den USA verbündet sein sollte, während der französische Staatspräsident bekanntermaßen eine staatenbundliche Konföderation bevorzugte<sup>46</sup>. Die aktuellen Meinungsunterschiede brauchten nach Meinung zu Guttenbergs jedoch nicht zu verhindern, daß man dereinst nicht dennoch zu einer Einigung kommen werde: »De Gaulle [gehört] zu den wandlungsfähigsten Politikern unserer Zeit. [...] De Gaulle läßt sich sowohl von der Macht unabänderlicher Tatsachen als auch – und letzteres ist im politischen Leben seltener – davon überzeugen, daß seine Auffassungen unrichtig waren. Ein typisches Beispiel ist die Wandlung seiner Haltung gegenüber dem Gemeinsamen Markt. [...] Die Unterstellung vitaler Lebensfragen der Nationen unter [...] supranationale Mehrheitsvoten von Ministerräten kann nicht von heute auf morgen, sondern nur nach einem längeren Prozeß des »Aneinandergewöhnens« ins Auge gefaßt werden. Darüber sind sich [...] alle – auch die allerbegeistertesten – »Europäer« längst einig. Und also sollte man nicht die Inkonsequenz begehen, de Gaulle vorzuwerfen, daß er auf dem Gebiet der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik nicht gleich mit bundesstaatlichen Gedanken aufwartet«<sup>47</sup>.

42 Gerd SCHMÜCKLE, *Ohne Pauken und Trompeten. Erinnerungen an Krieg und Frieden*, Stuttgart 1982, S. 287. Vgl. a. Geoffrey PRIDHAM, *Christian Democracy in Western Germany. The CDU/CSU in Government and Opposition, 1945–1976*, London 1977, S. 150: »It was more here a question of contrasting priorities rather than of totally exclusive attitudes, although the course of the debate suggested otherwise.«

43 So auch – aber eher unreflektiert – Hans-Jürgen GRABBE, *Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966*, Düsseldorf 1983 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 71) S. 468, der ansonsten überwiegend die traditionellen Begriffe »Atlantiker« und »Gaullisten« verwendet.

44 Waldemar BESSON, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970, S. 327; Grabbe (wie Anm. 43) S. 470ff.; Christian HACKE, *Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Aktualisierte und erw. Neuauflage Frankfurt/M., Berlin 1993, S. 117f.

45 Zu Guttenberg an Emmet am 2. 3. 1964. BA Koblenz. NL zu Guttenberg (397) 204.

46 Zu Guttenberg an Struppek am 13. 1. 1964. BA Koblenz. NL zu Guttenberg (397) 78.

47 Ebd. Insofern unterschieden er und seine Gleichgesinnten sich nur im Hinblick auf ihr größeres Zutrauen in de Gaulles Wandlungsfähigkeit und ihre realistischere Beurteilung des derzeit europapolitisch Möglichen von einer dritten Faktion, einer »Mittelgruppe« (GRABBE [wie Anm. 43] S. 469) die

Auch im Hinblick auf die bestehenden amerikanisch-französischen Spannungen, die viele um die politische Ausrichtung eines unter französischer Führung geeinten Westeuropas fürchten ließen, gab sich zu Guttenberg zuversichtlich, wobei sich seine Ansicht mit der Adenauers und Strauß' deckte: »[M]ir scheint, daß man die auf atomar-strategischem Gebiet zwischen Paris und Washington bestehenden Differenzen nicht in eine französische Politik ummünzen sollte, in welcher die ›Zusammenarbeit mit den USA‹ nicht mehr absolute Notwendigkeit ist. Man sollte diese Kontroverse sehen als das, was sie wirklich ist: Nämlich Ausdruck der französischen Erkenntnis, daß es auf die Dauer der Gesundheit Europas nicht förderlich ist, die eigene Sicherheit in Form einer amerikanischen Atom-Garantie zu suchen«<sup>48</sup>. Im Hinblick auf die französische *force de frappe* hegten zu Guttenberg und Strauß sowie – eingeschränkter – auch Adenauer die Hoffnung, sie stelle den Kern einer zumindest langfristig realisierbaren westeuropäischen Atomstreitmacht dar<sup>49</sup>. Dies war zugegebenermaßen ein gewagtes Kalkül und vielleicht das schwächste Glied in der Argumentationskette derer, die für eine engere Zusammenarbeit mit Frankreich eintraten: De Gaulle zeigte sich in der Regierungszeit Erhards nicht nur aus tagespolitischer Verstimmung heraus, sondern auch nach Maßgabe grundsätzlicher Erwägungen zunehmend abgeneigter gegenüber allen Versuchen einer deutschen Teilhabe an Nuklearwaffen. Immerhin scheint der General der deutschen Seite – trotz wiederholter anderslautender Aussagen Erhards<sup>50</sup> – zumindest einmal ein konkretes Kooperationsangebot unterbreitet zu haben: Horst Osterheld, der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt in den Jahren 1960 bis 1969, berichtet, daß ihm Karl Carstens, damals Staatssekretär im Auswärtigen Amt, im Anschluß an de Gaulles Besuch in der Bundesrepublik Anfang Juli 1964 mitteilte, der General habe versucht, ihn in einem Gespräch zu einer deutschen Mitarbeit an der französischen Atomwaffe zu bewegen<sup>51</sup>. Als Osterheld daraufhin Erhard und

manche in der Union noch zusätzlich ausgemacht haben (vgl. ebd. und Günter BUCHSTAB, Zwischen »Zauber und Donner«. Die CDU/CSU und de Gaulle. In: LOTH, PICHT [wie Anm. 12] S. 95–107, S. 102ff.): Sie konnte der Vorstellung eines größeren Eigengewichts Westeuropas durchaus Positives abgewinnen, warf de Gaulle aber vor, durch seine Ablehnung jeglicher Integration und Stärkung der bestehenden Gemeinschaften alles zu tun, daß man dieses Ziel nie erreichte. Letztlich trug aber auch diese Richtung die Außenpolitik Schröders mit, weswegen man sie eben doch den – recht verstandenen – »Atlantikern« zuordnen kann, wie auch GRABBE (Anm. 43, S. 103) einräumt.

48 Zu Guttenberg an Struppek am 13. 1. 1964. BA Koblenz. NL zu Guttenberg (397) 78.

49 Vgl. zu Guttenberg an Moore am 2. 3. 1964. BA Koblenz. NL zu Guttenberg (397) 64 sowie Franz Josef STRAUSS, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 110ff. und 123f; zu Strauß vgl. a. Klaus BLOEMER, Außenpolitische Vorstellungen und Verhaltensweisen des F. J. Strauß. In: liberal 22 (1980) S. 609–624. Adenauer auf der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 20. 10. 1965. ACDP VIII–001–035/1; Adenauer wußte aber auch um die große psychologische Bedeutung, die die Franzosen einer atomaren Alleinherrschaft im Verhältnis zur Bundesrepublik beimaßen. Seine entsprechenden Ausführungen gegenüber Strauß sind wiedergegeben in: Franz Josef STRAUSS, Die Erinnerungen, Berlin <sup>2</sup>1989, S. 318.

50 Vgl. seine Ausführungen auf der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 20. 10. 1965. ACDP VIII–001–035/1 sowie LAITENBERGER (wie Anm. 8) S. 175.

51 Persönliches Gespräch des Verfassers mit Dr. Horst Osterheld am 3. 8. 1992. Vgl. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964, hg. i. A. des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte. Haupthrg. Hans-Peter SCHWARZ. Mithrg. Helga HAFTENDORN, Klaus HILDEBRAND, Werner LINK, Horst MÖLLER, Rudolf MORSEY, 2 Teilbde., München 1994, S. 766ff.; OSTERHELD (wie Anm. 28) S. 99ff. und 137 sowie Karl CARSTENS, Erinnerungen und Erfahrungen, hg.

Schröder drängte, dieses Angebot in Gesprächen mit der französischen Führung zumindest einmal genauer auszuloten, stieß er auf taube Ohren. Seitens der Bundesregierung war man längst zu der Überzeugung gekommen, daß allein der Versuch einer Teilhabe an den amerikanischen Nuklearwaffen im Rahmen der »Multilateralen Atomstreitmacht« (MLF) Aussicht auf eine Realisierung bot<sup>52</sup>. Daher mochte man sich von der französischen Offerte zum einen substantiell nichts versprechen, zum anderen eine Verstimmung der Amerikaner befürchten, trat man in entsprechende Gespräche mit den Franzosen ein. Anfang Oktober 1964 gab Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel auf einer internen Klausurtagung seines Ministeriums die eindeutige Weisung, »daß eine wie auch immer geartete Beteiligung an der *force de frappe* nicht in Erwägung gezogen werden [dürfe]«<sup>53</sup>. Indes zeigte sich bald, daß die von den »Atlantikern« favorisierte MLF nicht zum Ziel führte.

Ein weiterer Vorwurf an die Adresse der sogenannten »Gaullisten« ist die Unterstellung, diese hätten in de Gaulle vor allem einen wertvollen Verbündeten für ihre traditionell antikommunistische, überholten deutschlandpolitischen Forderungen verhaftete Ostpolitik gesehen und wären dabei gar nicht der weitreichenden Ambitionen des Generals auf dem Feld der Ost-West-Beziehungen gewahr geworden. Nun trifft die Unterstellung eines reinen ostpolitischen Immobilismus keineswegs zu. So kritisierte zu Guttenberg zwar die amerikanischen Entspannungsbemühungen, war sich aber durchaus bewußt, »daß man der Ehrlichkeit halber im Augenblick sagen muß, daß es keine mögliche Chance zu einer baldigen Wiedervereinigung gibt«<sup>54</sup>. Er hielt jedoch Schröders Versuch für illusorisch, die DDR durch bundesdeutsche Kontaktaufnahme mit den ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten zu isolieren und sich dabei mehr der amerikanischen Unterstützung denn der französischen Fürsprache zu versichern<sup>55</sup>. Statt dessen plädierten er und seine Gesinnungsfreunde für eine enge ostpolitische Zusammenarbeit mit Frankreich: Zum einen sollten die Franzosen eine »Bürgschaft« für die Bundesrepublik gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten übernehmen, die aufgrund leidvoller historischer Erfahrungen noch immer antideutsche Ressentiments hegten<sup>56</sup>. Zum anderen sollte de Gaulle bei seinen Reisen durch den Ostblock für die deutsche Sache einzutreten: »[E]s wäre schön, wenn die Franzosen den Ungarn, Rumänen, Tschechen und Polen sagen würden: Wir helfen euch, daß die Deutschen für euch keine Gefahr mehr werden können. Wir bringen die deutsche Politik in eine gemeinsame Politik ein. Andererseits solltet Ihr aber keinen Zweifel darüber haben, daß Frankreich die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der Sowjetzone als ein unabdingbares Ziel der französischen Politik vertritt. Wenn ihr mit Frankreich auf lange Sicht normale Verhältnisse

von Kai v. JENA und Reinhard SCHMOECKEL, Boppard/Rhein 1993 (Schriften des Bundesarchivs, 44) S. 255 und 271f. Der Verfasser dankt Herrn Dr. Rainer Blasius für die Einsichtnahme in die Druckfahnen der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964.

52 Zu Vorgeschichte und Scheitern der MLF vgl. Christoph HOPPE, Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Baden-Baden 1993 (Internationale Politik und Sicherheit, 30/2).

53 Militärisches Tagebuch v. Hassels, 3. 10. 1964. ACDP. Von Hassel-Depositum I-157-001/1.

54 Zu Guttenberg an Bondy am 29. 2. 1964. BA Koblenz. NL zu Guttenberg (397) 68.

55 SPIEGEL-Interview vom 3. 6. 1964.

56 Strauß (wie Anm. 49) S. 87.

haben wollt, so schließt das ein, daß ihr die Zone abschreibt. Sie ist nicht euresgleichen«<sup>57</sup>.

Zwar nahmen diejenigen, die für eine bessere Abstimmung mit Frankreich plädierten, durchaus wahr, daß ihre deutschlandpolitischen Forderungen nicht in allem mit den Ansichten de Gaulles übereinstimmten, besonders in der Frage der Oder-Neiße-Grenze, wo sie – wie beinahe die gesamte politische Elite der Bundesrepublik – nicht bereit waren, deutsche Rechtspositionen vor Abschluß eines Friedensvertrags aufzugeben, während der französische Staatspräsident allen Selbstbeschwichtigungsversuchen der Bundesregierung zum Trotz wiederholt verdeutlicht hatte, daß ein wiedervereinigtes Deutschland die bestehenden Grenzen anerkennen müsse. Aber sie orientierten sich in puncto Deutschlandpolitik vor allem an den zukunfts gewissen Bekenntnissen des Generals zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, die de Gaulle sowohl regelmäßig im vertraulichen Gespräch gegenüber seinen bundesdeutschen Gesprächspartnern als auch in der Öffentlichkeit abgab<sup>58</sup>. Das unterschied sich wohltuend von der Haltung der Amerikaner und Briten in dieser Frage, die sich seit Ende der fünfziger Jahre selbst verbal im Hinblick auf eine mögliche deutsche Wiedervereinigung zurückhielten. Daß der französische Staatspräsident seinen Ankündigungen immer eine weite zeitliche Perspektive beigab, störte seine deutschen Anhänger nicht, da sie längst selber begriffen hatten, daß dieses Ziel nur noch langfristig zu erreichen war. Hauptsache, es rückte nicht völlig aus dem Blickfeld der operativen Politik. Dies aber unterstellte man den angelsächsischen Entspannungsbemühungen; sie schienen lediglich ein Arrangement mit der Sowjetunion auf der Grundlage des geteilten Europas zu bezwecken. Bei de Gaulle dagegen mutete *détente* als notwendige Voraussetzung für eine grundsätzliche Umgestaltung der politischen Lage in Europa an, in deren Zuge auch ein wiedervereinigtes Deutschland seinen Platz finden sollte.

Bis Mitte 1964 brachen die unionsinternen Gegensätze, die sich an der Person und Politik de Gaulles festmachten, nicht offen aus. Das lag vor allem daran, daß Erhard sich gegenüber Frankreich konzilient und europapolitisch insgesamt flexibel zeigte. So stimmte er Ende 1963 der Einführung gemeinsamer Marktregelungen für Agrarprodukte innerhalb der EWG zu – eine für das landwirtschaftlich geprägte Frankreich wichtige Konzession<sup>59</sup>. Daher ergaben sich auch anlässlich des zweiten Treffens zwischen Erhard und de Gaulle am 14. und 15.2.1964 in Paris keine großen Gegensätze, sondern sogar europapolitische Gemeinsamkeiten: Der französische Staatspräsident signalisierte Einlenken in der Frage einer Fusion der bestehenden drei europäischen Gemeinschaften und erneutes Interesse an einer Konzertierung der sechs EWG-Mitgliedstaaten auf der Grundlage des zweiten Fouchet-Plans<sup>60</sup>. Vor diesem Hintergrund bemühte sich der Bundeskanzler, die europapolitische Stagna-

57 Strauß-Interview mit der »Rheinischen Post« vom 9.1.1965. Zitiert nach Erich EISNER, Das europäische Konzept der CSU. Die gesamteuropäischen Ordnungsvorstellungen der Christlich-Sozialen Union, Meisenheim/Glan 1975 (Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft, 28) S. 107f.

58 Erinnert sei *pars pro toto* an de Gaulles spektakuläre Pressekonferenz vom 25.3.1959. Abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV/1.2, S. 1267f. Zum Original-Wortlaut vgl. Charles DE GAULLE, Discours et messages. Bd. 3: Avec le renouveau. Mai 1958–Juillet 1962, Paris 1970, S. 82ff.

59 MÜLLER-ROSCHACH (wie Anm. 9) S. 75.

60 Erhard in einem Informationsgespräch mit holländischen Journalisten am 27.2.1964. BPA 545. Erhard: Reden und Interviews 1963–1966. Vgl. OSTERHELD (wie Anm. 28) S. 64ff.

tion zu überwinden: In zwei Anläufen versuchte er vergeblich, ein Treffen der Regierungschefs der Sechser-Gemeinschaft in Rom bzw. Brüssel zu organisieren<sup>61</sup>.

Das deutsch-französische Konsultationstreffen vom Juli 1964 in Bonn markierte dann eine Zäsur. Prominente Unionspolitiker, die für ein stärkeres Zusammengehen mit Frankreich eintraten und nach dem Scheitern von Erhards Initiativen ungeduldig wurden, drängten bereits im Vorfeld überwiegend öffentlich auf einen gemeinsamen deutsch-französischen Versuch zur Belebung der Europapolitik<sup>62</sup>. Am 1. Juli sah sich Erhard schließlich am Rande der Bundesversammlung in Berlin, die den neuen Bundespräsidenten wählte, der geschlossenen Front von Adenauer, Strauß und Dufhues, aber auch Sonderministers Heinrich Krone und des amtierenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Barzel, gegenüber, die alle auf Fortschritte in der Frage der europäischen Einigung drängten<sup>63</sup>. Der Besuch des französischen Staatspräsidenten an der Spitze einer hochrangigen Regierungsdelegation am 3. und 4. 7. 1964 führte statt dessen jedoch zu einem Eklat: Bereits in seinem ersten Gespräch mit Erhard am Vormittag des 3. Juli entwickelte de Gaulle seine bekannte Vorstellung eines *Europe européenne*, das in einem selbstverständlichen, aber gleichberechtigten Bündnis mit den USA leben sollte<sup>64</sup>. Hierfür sei die deutsch-französische Zusammenarbeit eine wesentliche Voraussetzung, da Italienern, Holländern, Belgiern und erst recht den Briten zur Zeit noch der Wille dazu fehle. Allerdings erwähnte der französische Staatspräsident auch, daß seine Regierung erkannt habe, daß die Bundesrepublik Deutschland an einer solchen Kooperation nicht interessiert sei, sie noch nicht »gewählt habe«<sup>65</sup>, da sie eine Beeinträchtigung ihrer Beziehungen zu den USA befürchte. Wenngleich de Gaulle hierfür grundsätzlich Verständnis äußerte, meinte er doch, daß in dieser Situation jede neue Europa-Initiative beider Länder scheitern müsse. Erhard unterstrich dem gegenüber das deutsche Interesse am militärischen Schutz der USA, den auch ein geeintes Westeuropa nicht werde ersetzen können. Er stimmte jedoch einer Stärkung der europäischen Verbündeten innerhalb der NATO zu und bejahte grundsätzlich auch eine deutsch-französische Vorreiterrolle bei der politischen Einigung des Kontinents, so daß die Unterredung trotz sachlicher Gegensätze versöhnlich endete.

Im Anschluß an sein Gespräch mit Erhard besuchte der französische Staatspräsident dessen Vorgänger in seinem Büro im Bundesratsflügel<sup>66</sup>. Hierbei entwickelte de

61 Erhard vor dem Monnet-Ausschuß am 1. 7. 1964. BPA. 545. Erhard: Reden und Interviews 1963–1966. Vgl. a. Klaus MANFRASS, Das geteilte Deutschland. Ein Überblick. In: Die Internationale Politik 1964–1965, München, Wien 1972, S. 311.

62 Vgl. v. Brentano an Erhard am 11. 5. 1964. BA Koblenz. NL v. Brentano (239) 170; Josef Hermann DUFHUES, Neuer Impuls für Zusammenarbeit und Einheit. In: Deutschland-Union-Dienst (DUD) vom 26. 5. 1964, S. 2ff.; Dufhues für deutsch-französischen Arbeitsausschuß – Überraschung in Bonn – Gemeinsame Ostpolitik gefordert. In: Christlich-Demokratischer Pressedienst (CDP) vom 1. 7. 1964, S. 2f.; Konrad Adenauer: Mit der Politischen Union endlich anfangen! Europa muß das Gesetz des Handelns gegenüber der Sowjetunion wiedergewinnen. In: Rheinischer Merkur vom 3. 7. 1964.

63 SCHWARZ (wie Anm. 20) S. 888.

64 Zum Gesprächsverlauf vgl. Akten 1964 (wie Anm. 51) S. 713ff. und OSTERHELD (Anm. 28). S. 94ff.

65 Akten 1964 (wie Anm. 51) S. 714.

66 Zum Verlauf des Gesprächs vgl. Akten 1964 (wie Anm. 51) S. 749ff. und Anneliese POPPINGA, Meine Erinnerungen an Konrad Adenauer, Stuttgart 1970, S. 111ff.

Gaulle noch einmal seine Vorstellungen vom Vormittag, wobei er allerdings dieses Mal auf einen verständnisvolleren Gesprächspartner hoffen konnte, entsprachen seine Ideen doch weitgehend dem, was auch Adenauer sich vom Abschluß des »Elysée-Vertrags« erhofft hatte – nämlich eine Stärkung Westeuropas gegenüber den USA. Der Altbundeskanzler forderte den General daher auch auf, an Bestimmungen dieses Abkommens anzuknüpfen und in seinen kommenden Unterredungen mit Erhard die Bildung einer deutsch-französischen Kommission vorzuschlagen, die eine neue Initiative zur Belebung der politischen Einigung Westeuropas entwickeln sollte. De Gaulle versprach, einem entsprechenden deutschen Vorschlag zuzustimmen, sollte die Bundesregierung ihn denn unterbreiten. Das alles war eigentlich nichts Neues – wenn da nicht de Gaulles Frage gewesen wäre, ob die Bundesrepublik Deutschland wirklich ihre »Wahl [...] getroffen habe« und bereit sei, ein von den USA unabhängiges, allerdings mit ihnen verbündetes Europa zu schaffen, woraufhin sein Gesprächspartner ihm versicherte, »daß das deutsche Volk jetzt reif sei, eine Wahl in diesem Sinne zu treffen«<sup>67</sup>. Dies wurde so interpretiert, als habe Adenauer den General ermutigt, die Bundesregierung nun vor die Alternative »Washington oder Paris«, Zusammenarbeit mit Frankreich oder mit den USA, zu stellen<sup>68</sup>. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß de Gaulle eine solche Alternative nicht formulierte und Adenauer sie nie akzeptiert hätte: Trotz seines Beharrens auf europäischer Unabhängigkeit betonte der General immer die Notwendigkeit eines Bündnisses mit den USA. Er und Adenauer teilten jedoch die Überzeugung, daß sich die übrigen westeuropäischen Staaten einem deutsch-französischen Vorbild in puncto politischer Abstimmung letztlich anschließen und daß die Amerikaner aufgrund ihrer eigenen nationalen Interessen eine größere europäische Selbständigkeit akzeptierten und an ihrem Bündnis mit Westeuropa festhielten. Beide glaubten, das Risiko einer vorübergehenden Verstimmung der Verbündeten eingehen zu können, wobei dies zugegebenermaßen ein für die Bundesrepublik gefährlicheres Kalkül war.

Auf der sich unmittelbar an das Gespräch de Gaulles mit Adenauer anschließenden Plenarsitzung hat dieses Thema noch keine Rolle gespielt; es beschränkte sich auf die routinemäßige Berichterstattung über die bisher stattgefundenen Einzelberatungen der Fachminister beider Länder<sup>69</sup>. Das änderte sich mit dem zweiten Vieraugengespräch zwischen Erhard und seinem Gast am Vormittag des 4. Juli: Hier wiederholte de Gaulle seine Ausführungen vom Vortag, warb um eine deutsch-französische Vorreiterrolle in Westeuropa, äußerte jedoch auch erneut Verständnis für die Sorge der Bundesregierung, dadurch die transatlantischen Bindungen zu schwächen<sup>70</sup>. Der General versicherte ein weiteres Mal, daß sein Land die deutsche Wiedervereinigung wünsche, während die USA lediglich eine Einigung mit der Sowjetunion anstrebten, um sich dem neuen Gegner China zuwenden zu können. Er zeigte sich zuversichtlich, daß allein diese Entwicklung die Bundesrepublik und Frankreich zumindest *à la longue* zusammenführen werde. Erhard hingegen konzedierte zwar, daß auch er die amerikanische Sicherheits- und Entspannungspolitik nicht immer gutheiße, stellte aber auch fest, daß er grundsätzlich der amerikanischen

67 Akten 1964 (wie Anm. 51) S. 752.

68 LAITENBERGER (wie Anm. 8) S. 171 f.

69 Zur Sitzung vgl. Akten 1964 (wie Anm. 51) S. 738 ff. und OSTERHELD (wie Anm. 28) S. 96 f.

70 Zum Gesprächsverlauf vgl. Akten 1964 (wie Anm. 51) S. 768 ff. und OSTERHELD (wie Anm. 28) S. 97 f.

Beistandsgarantie vertraue. Dies war die Prämisse seiner Erklärung, die Zusammenarbeit mit Frankreich intensivieren und dadurch die westeuropäische Einigung fördern zu wollen. In diesem Zusammenhang fragte er auch, ob die französische Regierung denn einem geeinten Westeuropa die *force de frappe* zur Verfügung stellen werde. De Gaulle hielt dies langfristig für möglich, sofern denn eine europäische Regierung bestünde, versicherte überdies aber, daß sein Land bereits vorher jeden Angriff auf Westeuropa mit dem Einsatz seiner Atommacht beantworten werde, da es sich hiervon als europäischer Staat – im Gegensatz zu den USA – immer unmittelbar betroffen fühlen werde. Daraufhin verwies Erhard auf die unterschiedliche Ausgangslage zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, die die Bundesregierung zwingt, an der NATO-Integration festzuhalten, um so ihren Friedenswillen zu dokumentieren. Das Gespräch endete wie bereits die erste Unterredung: De Gaulle erklärte, daß allein schon die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Kontakte in der Hoffnung auf eine dereinst enge Zusammenarbeit ein Gewinn der Gespräche sei, wobei er sich bereit erklärte, alle deutschen Vorschläge für eine bessere Abstimmung beider Länder zu prüfen.

Die entscheidende Wende brachte die anschließende zweite Plenarsitzung: Hier warb de Gaulle noch einmal für eine verstärkte deutsch-französische Zusammenarbeit mit dem Ziel der Schaffung einer politischen Union Westeuropas, die in gleichberechtigter und selbstbewußter Partnerschaft mit den USA verbunden sein sollte<sup>71</sup>. Dabei unterstrich er wiederum, daß Frankreich Geduld habe und jeden entsprechenden deutschen Vorschlag prüfen werde. Dieses Mal schloß er dann sogar mit der Feststellung, »daß es für Frankreich heute keinen Staat auf der Welt gäbe, mit dem es aus Seelenneigung und natürlichen Gegebenheiten mehr zu einer Zusammenarbeit bereit wäre, als mit dem heutigen Deutschland«<sup>72</sup>. Erhard schwieg zu diesen Äußerungen, die allein schon aufgrund der Wärme, die sich hier im Hinblick auf die deutsch-französische Verständigung ausdrückte, einer umfassenden Würdigung bedurft hätten, selbst wenn dabei erneut offen die ja grundsätzlich verständliche deutsche Sorge vor einer europäisch- bzw. deutsch-amerikanischen Entfremdung angesprochen worden wäre. Statt dessen peinliche Stille, dann Schröders Aufforderung, in der Tagesordnung fortzufahren<sup>73</sup> – eine Däpierung des französischen Staatspräsidenten sondergleichen. So empfand dieser es denn auch: Gegenüber Adenauer bilanzierte er seinen Besuch mit den Worten, die Ehe zwischen Deutschland und Frankreich sei zwar geschlossen, aber nicht vollzogen worden: »Je suis resté vierge«<sup>74</sup>. Dem deutschen Botschafter in Frankreich soll er auf der Rückfahrt im Sonderzug nach Paris gar geklagt haben: »Ich bin verzweifelt; Deutschland hat einen Regierungschef, der das Interesse seines Landes nicht kennt. Was soll ich da noch machen«<sup>75</sup>? Es sei dahin gestellt, ob diese Qualifizierung Erhards den Tat-

71 Zum Verlauf der Sitzung vgl. Akten 1964 (wie Anm. 51) S. 777ff. (S. 783ff.) und OSTERHELD (wie Anm. 28) S. 98f.

72 Zitiert nach Akten 1964 (wie Anm. 51) S. 785.

73 OSTERHELD (wie Anm. 28) S. 99. Paul FRANK, Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur, Stuttgart 1981, S. 96 zufolge sagte dies Erhard – was letztlich nicht von größerem Belang ist –, während er ansonsten den Vorgang bestätigt. Da Osterheld sich auf die Dolmetscheraufzeichnung stützt, scheint seine Darstellung authentischer. Vgl. a. Akten 1964 (wie Anm. 51) S. 785.

74 Zitiert nach SCHWARZ (wie Anm. 20) S. 888.

75 Zitiert nach FRANK (wie Anm. 73) S. 96.



sachen entsprochen hat; klar war, daß durch ungeschicktes, ja ungebührliches Verhalten des Kanzlers die Dinge so auf die Spitze getrieben worden waren, daß die deutsch-französischen Beziehungen nun »am Scheideweg«<sup>76</sup> angelangt waren.

Entsprechend erbittert war der Streit, der nach der Abreise des Generals in der Bundesrepublik, insbesondere innerhalb der Unionsparteien, entbrannte: Während die einen Erhard und Schröder vorwarfen, auf de Gaulles großartige Vision völlig falsch reagiert zu haben, unterstellten die anderen dem französischen Staatspräsidenten, versucht zu haben, die Bundesregierung zur Bildung einer »Zweier-Union« und zu einer eindeutigen Option gegen die USA zu zwingen. Diese Meinung vertraten neben Kanzler und Außenminister alle die, die immer schon vor einem zu engen deutsch-französischen Bilateralismus gewarnt hatten; jener Ansicht waren natürlich allen voran die, die den Bundeskanzler im Vorfeld des Besuchs aufgefordert hatten, endlich initiativ zu werden<sup>77</sup>. Auf der CSU-Landesversammlung Mitte Juli akzentuierten Erhard und Strauß die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Union im Hinblick auf Frankreich, ohne daß es aber zu der erwarteten offenen Auseinandersetzung gekommen wäre. Es blieb bei den bisherigen Formelkompromissen, denen zufolge die deutsch-französische Verständigung und Zusammenarbeit Voraussetzung für die westeuropäische Einigung und diese wiederum Grundlage der transatlantischen Partnerschaft mit den USA sein sollte. Vor diesem Hintergrund plädierte der Bundeskanzler für ein europapolitisches Vorgehen, das zumindest alle Staaten der Sechser-Gemeinschaft sofort mit einbezog<sup>78</sup>, während der CSU-Vorsitzende für den Anfang eine Konföderation aller dazu bereiten EWG-Mitgliedsländer – notfalls eben nur bestehend aus der Bundesrepublik und Frankreich – für ausreichend erachtete, da man sonst eine »Sternstunde« versäume<sup>79</sup>. Deutlicher als in den Reden von Erhard und Strauß in München kam in internen Meinungsäußerungen von Unions-Politikern heraus, wie sehr der europapolitische Konsens innerhalb von CDU und CSU im Sommer 1964 zerbrochen war: So schrieben mehrere Europapolitiker der Union Barzel am 17. 7. 1964 einen Brief, in dem sie zwar einerseits den Stillstand in der Europapolitik bedauerten und hierfür der Bundesregierung eine erhebliche Mitschuld gaben, andererseits aber auch »den Gedanken einer institutionellen Bindung der Bundesrepublik an Frankreich in der Form einer Zweier-Union für innen- und außenpolitisch lebensgefährlich für die bestehenden Gemeinschaften« bezeichneten<sup>80</sup>. Die Absender bezweifelten, daß Frankreich der Bildung einer Zweier-Union letztlich wirklich zustimmen werde und gingen daher vom Scheitern einer entsprechenden Initiative aus. Dies bedeutete dann aber in ihren Augen nicht nur einen erheblichen außenpolitischen Gesichtsverlust der Bundesregierung, sondern mußte der Opposition auch eine willkommene Gelegenheit bieten, »sich in der Öffentlichkeit als Gralshüter der Europäischen Gemeinschaften und des Atlanti-

76 OSTERHELD (wie Anm. 28) S. 103.

77 SCHWARZ (wie Anm. 20) S. 888 ff. Vgl. LAITENBERGER (wie Anm. 8) S. 173 und LAPPENKÜPPER (wie Anm. 8) S. 107.

78 Ludwig ERHARD, Ich bejahe die Diskussion in meiner Partei. In: Bayern Kurier vom 18. 7. 1964.

79 Franz Josef STRAUSS, An der Schwelle einer neuen Zeit. In: Ebd.

80 Deringer, Klinker, Löhr, Lücker, Müller-Hermann, Philipp, Probst, Storch und Weinkamm an Barzel am 17. 7. 1964. BA Koblenz. NL zu Guttenberg (397) 184.

schen Bündnisses auf[zu]spielen«, wie sie dies ohnehin schon versuchte<sup>81</sup>. Und selbst wenn die Gemeinschaft mit Frankreich zustandekäme, bot sich ihnen nur die Perspektive einer einseitigen Abhängigkeit der Bundesrepublik von Frankreich und eines Auseinanderfallens der EWG<sup>82</sup>. Daher mahnten sie Barzel, daß auch die politische Einigung der Länder Westeuropas von den bereits bestehenden Gemeinschaftseinrichtungen ausgehen müsse: Eine fortschreitende Integration der Wirtschaft der EWG-Mitgliedstaaten bot ihrer Ansicht nach die beste Voraussetzung dafür, daß man sich auch politisch einigen werde. Die Bundesregierung sollte deshalb nunmehr mit einer neuerlichen Europa-Initiative an den ersten Fouchet-Plan aus dem Jahre 1961 anknüpfen, dem ja immerhin fünf Mitglieder der Sechser-Gemeinschaft zugestimmt hatten.

Die unionsinternen Frondeure der Bundesregierung waren dagegen durchaus bereit, sich zunächst mit einer Zweier- oder einer – um Italien erweiterten – Dreier-Union abzufinden, sollte sich die letztlich erstrebenswertere Einigung zwischen den sechs Partnern der EWG nicht bald herstellen lassen<sup>83</sup>. Zwar wußte man hier durchaus um die impliziten Risiken eines solchen Vorgehens, ging aber letztlich davon aus, »daß mit hoher Wahrscheinlichkeit [eine] solche deutsch-französische Kooperation positive Ausstrahlungen haben wird: die Macht war schon immer ein Magnet«<sup>84</sup>. Klar war dabei immer, daß ein Zusammenwirken mit Frankreich kein Selbstzweck und beileibe nicht der europapolitische Schlußpunkt sein sollte. Die Sorge, sich dadurch einer französischen Oberherrschaft auszusetzen, teilten die Anhänger einer engen deutsch-französischen Kooperation nicht: »[E]ine Hegemonie Frankreichs ist aus geographischen, zahlenmäßigen, wirtschaftlichen, sozialen etc. Gründen noch nicht einmal über Europa denkbar – sofern man Hegemonie als Vorherrschaft und damit als die Möglichkeit definiert, daß ein Staat anderen Staaten seine Politik aufzwingen könne«<sup>85</sup>.

Zumindest dem rückblickenden Analytiker scheint klar, daß mit der gescheiterten Gipfelkonferenz vom Juli 1964 die deutsch-französischen Beziehungen endgültig in einer Sackgasse gelandet waren, aus der sie in den nächsten beiden Jahren nicht mehr herauskommen sollten. Den Franzosen waren die Grenzen gemeinsamer Politikgestaltung mit der Bundesrepublik überdeutlich aufgezeigt worden. Fortan konnten alle vorübergehenden Verbesserungen im Verhältnis beider Länder zueinander nicht darüber hinwegtäuschen, daß es grundsätzliche und unüberbrückbare Meinungsunterschiede gab. Jede neue aktuelle Krise – und derer sollte es in den Jahren 1965 und 1966 noch mehrere geben – mußte diesen andauernden Dissens wieder aktualisieren. Im Hinblick auf die innerparteiliche Machtbalance innerhalb der Union verdeutlichten die Ereignisse des Sommers 1964, daß die regierungsoffizielle Außenpolitik zwar gewichtige und unüberhörbare Gegner in den eigenen Reihen hatte, diese aber letztlich aus vielfältigen Gründen nicht in der Lage waren, mit ihren Ansichten durchzudringen, die sie auch weiterhin in Artikeln, Interviews, Memoranden und Reden verbreiteten. Schon jenes Treffen von Adenauer, Strauß, Krone und Dufhues

81 Ebd.

82 Ebd.

83 Vgl. zu Guttenberg an Strauß am 13. 6. 1964. BA Koblenz. NL zu Guttenberg (397) 184.

84 Zu Guttenberg an Luchsinger am 11. 9. 1964. BA Koblenz. NL zu Guttenberg (397) 264.

85 Zu Guttenberg an Wittmann am 8. 10. 1964. BA Koblenz. NL zu Guttenberg (397) 265.

am 8. 7. 1964, in dem ein guter Teil der damaligen Tagespublizistik den Beginn eines Generalangriffs auf Kanzler und Außenminister zu sehen glaubte, hatte im Endeffekt viel mehr dazu gedient, den CSU-Vorsitzenden von zu starker Kritik an der Regierung auf der bevorstehenden Landesversammlung seiner Partei abzuhalten<sup>86</sup>. Und Erhard konnte schließlich auch weitere parteioffizielle Diskussionen über seine Person und Politik abwenden, wie sie seine Gegner nach dem de Gaulle-Besuch durch die Einberufung einer CDU-Präsidiums-Sitzung zu führen beabsichtigten<sup>87</sup>. Tatsächlich war man sich selbst in der CSU bewußt, daß es ein schweres und angesichts der innenpolitischen sowie unionsinternen Fronten schon fast unmögliches Unterfangen war, Kritik an der Regierung zu üben, ohne diese nicht dadurch in der Auseinandersetzung mit der Opposition ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl nachdrücklich zu schwächen<sup>88</sup>.

Vor diesem Hintergrund waren die Kritiker der amtlichen Frankreichpolitik letztlich nur in der Lage, dem Kanzler und vor allem dem Außenminister, auf den sich ihre Kritik immer mehr konzentrierte, Nadelstiche zu versetzen, sie gar vorübergehend einmal zum Einlenken zu bewegen, ohne aber eine wirkliche Kurskorrektur durchsetzen zu können. Keiner sah das übrigens so genau wie de Gaulle<sup>89</sup>. Für die Regierung wiederum bot die Entwicklung des Sommers 1964 keine so schlechte Voraussetzung für ihre weitere Außenpolitik: Sie schien ihr zunächst lediglich dafür gesorgt zu haben, »daß jetzt der deutsch-französische Freundschaftsvertrag auf eine realistische Grundlage gestellt ist«<sup>90</sup>. Zudem war die Auseinandersetzung um außenpolitische Optionen und Positionen Sache der Parteioberen, einer kleinen außenpolitischen Elite, und interessierte das Wahlvolk wenig. Auch konnten ja außenpolitische Erfolge nicht ausbleiben, solange die Prämisse der Regierungspolitik, daß man im Zweifelsfalle allein der USA bedürfe und deren Führung vertrauen könne, nicht durch konträre Entwicklungen widerlegt wurde. Fürs erste stellte die Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Faktor im Rahmen einer »Politik der Zernierung des Generals«<sup>91</sup> dar, wie sie die USA seit de Gaulles Veto gegen einen britischen EWG-Beitritt betrieben. Sie arbeitete dem amerikanischen Bestreben zu, Einfluß und Plänen des französischen Staatspräsidenten entgegenzuwirken, und sie tat dies umso bereitwilliger, als de Gaulle auch weiterhin durch provozierende Aktionen sakrosankte Prinzipien der bundesdeutschen Außenpolitik, ja scheinbar deren Fundamente selbst, in Frage stellte. Der General wiederum teilte in einer Pressekonferenz am 23. 7. 1964 *coram publico* mit, daß ihn der Stand der zweiseitigen Beziehungen keineswegs befriedige, sogar Anlaß zur Sorge gebe und daß hieran natürlich allein die Bundesregierung schuld sei<sup>92</sup>.

86 SCHWARZ (wie Anm. 20) S. 891.

87 LAITENBERGER (wie Anm. 8) S. 179.

88 Vgl. Strauß' entsprechende Ausführungen auf der Sitzung des CSU-Landesvorstandes vom 10. 7. 1964. Zitiert nach Alf MINTZEL, Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977, S. 382 f.

89 Vgl. eine diesbezügliche Bemerkung zu Gerstenmaier im Juli 1964 in: Eugen GERSTENMAIER, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1981, S. 513.

90 Erhard auf einer Pressekonferenz am 25. 9. 1964. BPA F 30. Pressekonferenzen Juli-Dezember 1964.

91 Fred LUCHSINGER, Bericht über Bonn. Deutsche Politik 1955–1965, Zürich, Stuttgart 1966, S. 343 f.

92 Europa-Archiv. Dokumente 19 (1964). S. 406. Zum Original-Wortlaut der Pressekonferenz vgl. Charles DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4: Pour l'effort. Août 1962 – Décembre 1965, Paris 1970, S. 222 ff. Vgl. a. OSTERHELD (wie Anm. 28) S. 105 f.

An den tiefen deutsch-französischen Gegensätzen, die der Besuch de Gaulles in Bonn offengelegt hatte, sollte sich bis Ende der Kanzlerschaft Erhards im Dezember 1966 nichts mehr ändern. Sucht man nach Gründen hierfür, muß man zunächst einmal feststellen, daß die bundesdeutsche Außenpolitik der Jahre 1964 bis 1966 weniger Zukunftsperspektiven aufgezeigt, denn Anhaltspunkte dafür geliefert hat, was sich für Bonn bei der Gestaltung der auswärtigen Beziehungen verbot. Allen voran zählte dazu eine wie immer geartete Frontstellung gegenüber dem Nachbarn im Westen, auf die die Frankreichpolitik der Bundesregierung trotz aller entgegengesetzter Beteuerungen letztlich doch hinausgelaufen war. Erhard und Schröder setzten übermäßiges Vertrauen in die Amerikaner und brachten den Franzosen zu großes Mißtrauen entgegen. Es ist sicher ungerecht, dem Außenminister zu unterstellen, er sei »unheilbar frankophob«<sup>93</sup> gewesen. Ausschlaggebend war, daß er sowie der Kanzler und andere, die sich für das »Land in Gefahr«<sup>94</sup> verantwortlich fühlten, in den USA ganz einfach die bessere und entscheidendere Stütze der bundesdeutschen Nationalinteressen sahen. Dies sollte sich jedoch auf Dauer nicht auszahlen: In der Europapolitik engagierten sich die Amerikaner in den Jahren der Regierung Erhard überhaupt nicht mehr; verteidigungspolitisch zeigten sie mehr als einmal Attitüden eines eigenmächtigen Hegemons, dem mehr an blinder Gefolgschaft als an der Überzeugung seiner Verbündeten gelegen schien, und die amerikanische *détente* wurde unter Johnson alles Visionären entkleidet und stellte sich vornehmlich als ein tagespolitisches *do ut des* dar, das den von der Vietnam-Last gedrückten USA Ruhe an der Ost-West-Front verschaffen sollte, ohne daß man bereit gewesen wäre, sich dabei von seinen Allianzpartnern, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem drängenden Wiedervereinigungsanliegen, behindern zu lassen<sup>95</sup>.

Die robuste und psychologisch ungeschickte Betonung eigener Interessen, die die Außenpolitik der Johnson-Regierung auszeichnete, war das stärkste Argument, das die westdeutschen Befürworter einer engeren Zusammenarbeit mit Frankreich zur Begründung vorbringen konnten. Zu Recht fragten sie, ob es der Bundesrepublik diene, im Verhältnis zu den USA zumeist das Verbindende hervorzuheben und in den deutsch-französischen Beziehungen in der Regel das Trennende zu betonen, wo doch letztlich Amerikanern und Franzosen gemeinsam war, daß ihnen das eigene Nationalinteresse immer wichtiger war als auswärtige Rücksichtnahmen. Sicher, betrachtete man die militärischen Potentiale und machtpolitischen Relationen, schien es geboten, sich eher mit Frankreich zu entzweien, denn die Amerikaner zu verprellen. Überdies machte es die französische »Schockdiplomatie«<sup>96</sup> der, an Berechenbarkeit und Stabilität im westlichen Lager so interessierten Bundesregierung alles andere als leicht: Die Franzosen drängten zu stark und trumpften zu

93 Herbert MÜLLER-ROSCACH, Die deutsche Europapolitik 1949–1977. Eine politische Chronik, Bonn 1980 (Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik, 55) S. 153.

94 Heinrich KRONE, Deutschland-Frankreich-Amerika. Unsere Sicherheit im Bündnis. In: Die politische Meinung 11 (1966) S. 19ff. (S. 25).

95 Zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen der Zeit vgl. GRABBE (wie Anm. 43) S. 428ff., Klaus HILDEBRAND, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart, Wiesbaden 1984 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 4) S. 83ff. und 170ff. sowie Joachim ARENTH, Johnson, Vietnam und der Westen. Transatlantische Belastungen 1963–1969, München 1994.

96 Alfred GROSSER, Das Bündnis – Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg, München 1982, S. 316.

selbstsicher auf<sup>97</sup>. Insbesondere de Gaulle beging den Fehler, dem überragenden westdeutschen Sicherheitsinteresse zu wenig Beachtung zu schenken. In seinen öffentlichen Stellungnahmen entwarf er zumeist kühne Visionen, die auf eine radikale Veränderung der sicherheitspolitischen Landschaft hinausliefen, ohne ausreichend zu verdeutlichen, was er davon bereits gegenwärtig für machbar und was nur zukünftig für wünschbar hielt. Im direkten Kontakt mit der Bundesregierung ließ er jedoch nie einen Zweifel an seiner Bündnistreue und seiner Einsicht, daß die Präsenz der USA in Westeuropa auf absehbare Zeit noch unabdingbar sei<sup>98</sup>. Zudem ist fraglich, ob man mit einer weniger kritischen Haltung gegenüber Frankreich wirklich einen Bruch mit den USA riskiert hätte. Denn was mußten sich Erhard und Schröder, die immer gedacht hatten, zuviel Unbotmäßigkeit des deutschen Schutzbefohlenen werde die USA ihrer Beistandsverpflichtung überdrüssig machen, im Oktober 1966 vom amerikanischen Außenminister sagen lassen: »Es ist Moskau und nicht Bonn, das uns in Europa stehen läßt<sup>99</sup>.« So waren diejenigen, die auf unbefangene Zusammenarbeit mit Frankreich drängten, keineswegs nur »Rebellen ohne Risiko«<sup>100</sup>, wie ihre Gegner behaupteten. Es mag dahingestellt bleiben, ob ihr Konzept Westeuropa wirklich zu jenem eigenständigen Profil verholfen hätte, das sie sich wünschten und das realisieren zu wollen, sie auch dem französischen Staatspräsidenten unterstellten. Auf jeden Fall hätte durch einen solchen Kurs »praktizierender Freundschaft«<sup>101</sup> wohl die deutsch-französische Entzweiung verhindert werden können, die am Ende der Kanzlerschaft Erhards zu beklagen war. Das sollte die Prämisse der kommenden »Großen Koalition« werden, die im Verhältnis zu Frankreich sowohl atmosphärisch als auch sachpolitisch versöhnlichere und damit realistischere Akzente setzte.

97 HILDEBRAND (wie Anm. 95) S. 100. Vgl. DERS., Der provisorische Staat und das ewige Frankreich – Die deutsch-französischen Beziehungen 1963 bis 1969. In: SCHWARZ (wie Anm. 41) S. 62–81 (S. 72 ff.).

98 So letztlich – wie gezeigt – auch im Juli 1964 und dann erneut anlässlich der deutsch-französischen Konsultationstreffen von Juni 1965 (Militärisches Tagebuch v. Hassels, 12. 6. 1965. ACDP. Von Hassel-Depositum I-157-001/3) sowie Februar 1966 (Militärisches Tagebuch v. Hassels, 8. 2. 1966. ACDP. Von Hassel-Depositum I-157-002/1). Vgl. a. Maurice COUVE DE MURVILLE, Außenpolitik 1958–1969, München 1973, S. 218.

99 Vgl. Militärisches Tagebuch v. Hassels, 26. 9. 1966. ACDP. Von Hassel-Depositum I-157-003/1.

100 Brandt zitiert nach Stuttgarter Zeitung vom 28. 7. 1964.

101 So bereits die – vergebliche – Empfehlung Osterhelds an Erhard und Schröder. Vgl. OSTERHELD (wie Anm. 28) S. 103 f.

## RÉSUMÉ FRANÇAIS

L'article aborde le problème de la continuité et de la discontinuité de la politique extérieure de la République fédérale d'Allemagne à l'égard de la France après le changement de gouvernement à l'automne 1963. Pendant les premiers mois suivant sa désignation comme successeur d'Adenauer, Ludwig Erhard s'efforça de dissiper l'impression qu'il serait un critique de la politique franco-allemande des années précédentes et un adversaire du Général de Gaulle. Jusqu'à ce moment on ne connaissait avant tout que l'attitude négative de l'ancien Ministre de l'économie vis-à-vis de l'avènement au pouvoir du Général en mai 1958, sa politique européenne des années suivantes et le traité franco-allemand qu'il a attaqué vivement à cause du «non» du Président à l'adresse des Anglais lors de sa conférence de presse du 14 janvier 1963. Mais en dépit de ses mots amicaux vis-à-vis de la France, le nouveau chancelier, son Ministre des Affaires Extérieures, Gerhard Schröder, et une majorité des hommes politiques en République fédérale d'Allemagne refusaient encore la politique extérieure du Général de Gaulle et préféraient entretenir les relations les plus étroites avec les Etats-Unis. Seulement une minorité des politiciens en République fédérale d'Allemagne, avant tout Konrad Adenauer, Franz Josef Strauß et Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, reconnut la nécessité d'établir une sorte de l'axe avec la France. Les journalistes contemporains et les savants ultérieurs ont nommé les membres des deux groupes les *atlantistes* et les *gaullistes*. Les deux étiquettes sont déroutantes et trop réductrices: Tout d'abord les soit-disant *gaullistes* n'étaient pas partisans aveugles du Président français. Ils reconnaissaient absolument qu'il y avait certaines oppositions entre ses buts politiques et leurs propres buts, mais à leur avis les intérêts communs dominaient. En outre ils ne désiraient pas de rupture réelle avec les Américains. Sur ce fond la visite du Général de Gaulle en Allemagne en juillet 1964 mena à un éclat: Erhard ne tint pas compte de l'offre française de construire enfin une union politique de l'Europe de l'ouest, parce qu'il craignait que De Gaulle ne le forçât maintenant à choisir entre Paris et Washington. En réalité, le Général n'en avait pas dit un seul mot, mais entre-temps les préjugés avaient eu une plus grande importance que les faits. Les relations franco-allemandes ne se remettaient plus de cet échec. Erhard et Schröder étaient capables de continuer leur politique, qui était trop confiante en les Etats-Unis et était trop méfiante à l'égard de la France gaulliste – en dépit des attaques de leurs critiques importants – jusqu'à la fin de l'année 1966, quand elle avait mené dans une impasse.